



N i e d e r s c h r i f t

über die 19. Sitzung des Gemeinderates am Dienstag, 19. März 2024, um 18:00 Uhr, im Kurhaus

Vorsitz:

Bürgermeister Dr. Christian Margreiter

anwesend:

1. Bgm-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Julia Schmid

2. Bgm-Stv. DI Dr. Werner Hackl, BSc.

StR Johannes Tilg, B.A.

StR Daniel Neuner

StRⁱⁿ Theresa Schatz

StRⁱⁿ Barbara Schramm-Skoficz

GRⁱⁿ Sabine Kolbitsch

GR Mag. Michael Schober

GR Florian Staudinger

Ersatz-GR DI (FH) Thomas Erbeznik

Vertretung für Herrn GR
Dr. Christian Visintainer

GR Ing. Dieter Schirak

GR Christoph Sailer

Ersatz-GR Günter Kirchebner, BA

Vertretung für Frau GRⁱⁿ Monika
Bucher-Innerebner

GR Benjamin Hinterholzer

GRⁱⁿ Manuela Pfohl, BScN MSc

GRⁱⁿ Angelika Sachers

GR Florian Katzengruber, BSc MA

GR Michael Henökl

Ersatz-GR Andreas Hanel

Vertretung für Frau GRⁱⁿ Irene Partl

GR Mag. (FH) Thomas Viertl

abwesend:

GR Dr. Christian Visintainer	entschuldigt
GR ⁱⁿ Monika Bucher-Innerebner	entschuldigt
<i>Ersatz-GR MMag. Nicolaus Niedrist, BSc. als Vertretung für Frau GRⁱⁿ Monika Bucher- Innerebner</i>	<i>entschuldigt</i>
<i>Ersatz-GRⁱⁿ Viktoria Margreiter als Vertretung für Frau GRⁱⁿ Monika Bucher- Innerebner</i>	<i>entschuldigt</i>
<i>Ersatz-GR Clemens Schmid als Vertretung für Frau GRⁱⁿ Monika Bucher- Innerebner</i>	<i>entschuldigt</i>
<i>Ersatz-GRⁱⁿ Gabriele Sailer als Vertretung für Frau GRⁱⁿ Monika Bucher- Innerebner</i>	<i>entschuldigt</i>
GR ⁱⁿ Irene Partl	entschuldigt
<i>Ersatz-GRin Ilse Stibernitz als Vertretung für Frau GRⁱⁿ Irene Partl</i>	<i>entschuldigt</i>
<i>Ersatz-GR Karl-Ludwig Faserl als Vertretung für Frau GRⁱⁿ Irene Partl</i>	<i>entschuldigt</i>
<i>Ersatz-GRⁱⁿ Patricia Kalischnig als Vertretung für Frau GRⁱⁿ Irene Partl</i>	<i>entschuldigt</i>

Protokollunterfertiger:

StR Tilg und GR Pfohl

Schriftführer:

Stadtamtsdirektor Dr. Bernhard Knapp

Bürgermeister Dr. Margreiter eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Tagesordnung

1. Niederschrift vom 12.12.2023
2. Raumordnungsangelegenheiten
3. Mittelfreigaben
 - 3.1. Generalsanierung Freischwimmbad - Änderung der Mittelbereitstellung
4. Nachtragskredite
 - 4.1. Ankauf eines Sportplatz Traktors samt Zubehör - Nachtragskredit
5. Begründung von Abweichungen gemäß Rechnungsabschluss 2023 gegenüber dem Voranschlag ab einem Betrag von EUR 100.000,00
6. Nachträgliche Genehmigung von Überschreitungen von mehr als EUR 50.000,00 im Finanzjahr 2023
7. Rechnungsabschluss 2023
8. Auftragsvergaben
9. Liegenschaftsangelegenheiten der Hall AG/HALLAG Kommunal GmbH
10. Personalangelegenheiten
 - 10.1. Personalangelegenheiten
11. Anträge, Anfragen und Allfälliges

*Bgm. Margreiter begrüßt die Mitglieder des Gemeinderates und verweist auf die für diese Sitzung entschuldigten Mitglieder sowie deren Vertretungen. So begrüße er herzlich auch diese Ersatzgemeinderäte. Sein Gruß gelte den im Saal anwesenden Besucher*innen sowie jenen interessierten Bürger*innen, welche die Gemeinderatssitzung via Streaming verfolgen würden. Er begrüße die Medienvertreter, die technischen Begleiter und die beiden Beamten an seiner Seite, Herrn Stadtdirektor Dr. Knapp und Herrn Finanzverwalter Mag. Schoiswohl. Er ersuche StR Tilg und GR Pfohl, als Protokollunterfertiger zur Verfügung zu stehen.*

zu 1. Niederschrift vom 12.12.2023

Die Niederschrift wird einstimmig genehmigt.

zu 2. Raumordnungsangelegenheiten

Es liegt kein Antrag vor.

zu 3. Mittelfreigaben

zu 3.1. Generalsanierung Freischwimmbad - Änderung der Mittelbereitstellung

ANTRAG:

In der Sitzung des Gemeinderates vom 11.07.2023 wurden per Antrag BA/1205/2023 auf HH-Konto 1/831023-060000, verteilt auf die Haushaltsjahre 2023 / 2024 / 2025, Mittel in der Höhe von 9,25 Millionen Euro genehmigt.

Im Voranschlag 2024 verteilt sich die genehmigte Projektsumme auf die Haushaltsjahre wie folgt:

VA 2023	3.100.000,00	Netto
VA 2024	3.750.000,00	Netto
Plan 2025	2.400.000,00	Netto
Gesamt	9.250.000,00	Netto

Aufgrund Verschiebungen in der Rechnungslegung werden im Haushaltsjahr 2024 nunmehr Mittel in der Höhe von voraussichtlich 4.224.537,18 Euro.

Die Mittelbereitstellung in diesem mehrjährigen Vorhaben wird deshalb wie folgt geändert:

Abrechnung 2023	3.000.462,83	Netto	
VA 2024	4.224.537,18	Netto	Teilzahlungen an Fa. Berndorf und sonstige Zahlungen
Plan 2025	2.025.000,00	Netto	Schlussrechnung Fa. Berndorf
Gesamt	9.250.000,00	Netto	

Der Stadtrat wird ermächtigt, Aufträge im Rahmen der vorgenannten Mittelbereitstellung zu vergeben.

Die Finanzierung erfolgt über Darlehensaufnahme, Entnahme aus Haushaltsrücklage sowie Förderungen und Zuschüssen gemäß beiliegendem Finanzierungsplan. Da einige Förderungen und Zuschüsse erst nach Tätigkeit der fälligen Auszahlungen eintreffen werden, wird zur Zwischenfinanzierung die Entnahme aus der allg. Haushaltsrücklage genehmigt. Diese Entnahme ist wieder rückzuführen.

BEGRÜNDUNG:

Die für das mehrjährige Vorhaben für 2023 vorgesehenen Mittel wurden aufgrund Verschiebungen in der Rechnungslegung der ausführenden Firmen nicht zur Gänze ausgeschöpft. Dem entsprechend kommt es zu Verschiebungen des Mittelbedarfs innerhalb des Umsetzungszeitraumes. Für 2024 ist nunmehr die Begleichung aller mit dem Bauvorhaben in Verbindung stehenden Rechnungen vorgesehen mit Ausnahme der Schlussrechnung der Fa. Berndorf, deren Zahlung gemäß Zahlungsplan für das Haushaltsjahr 2025 vorgesehen ist.

Zur effizienten Beauftragung von noch offenen Leistungen soll der Stadtrat zur Vergabe der noch vorhandenen Restmittel ermächtigt werden.

FINANZIELLE FOLGEWIRKUNGEN:

I) Entwicklung Mittelverwendung:

Veranschlagte Gesamtmittel (inkl. eventuell genehmigter Nachtragskredite):	EU	9.250.000,00
Gesamtsumme der bisher freigegebenen Mittel:	EUR	9.250.000,00
Aktuelle Summe der vergebenen Aufträge nach gegenständlicher Beschlussfassung	EUR	8.897.806,15

II) Folgekosten:

Beschluss:

Der Antrag wird einstimmig genehmigt.

zu 4. Nachtragskredite

zu 4.1. Ankauf eines Sportplatz Traktors samt Zubehör - Nachtragskredit

ANTRAG:

Der Ankauf des Sportplatz Traktors Quantum 80V samt Zubehör (Schneepflug, Schneefräse und Hydrac-Splittstreuer) bei der Firma Auer, Mühlbachl in Höhe von EURO 115.000,00 exkl. MwSt. auf HHKto. 1/262010-040000 mittels Nachtragskredit soll genehmigt werden.

Die Mittel für den Ankauf waren zwar im Haushaltsplan 2023 vorgesehen, die Auslieferung und Bezahlung kann allerdings erst im Finanzjahr 2024 erfolgen. Im Haushaltsplan 2024 sind keine entsprechenden Mittel vorgesehen. Es wird daher ein Nachtragskredit in Höhe von EUR 115.000,00 auf HHKto. 1/262010-040000 genehmigt. Die Bedeckung erfolgt in Höhe von 105.000,00 über Entnahme aus der Allg. Haushaltsrücklage, sowie in Höhe von 10.000,00 EUR über Mehreinnahme aus dem Verkauf des auszuscheidenden Altfahrzeuges. Die Mittel werden frei gegeben.

BEGRÜNDUNG:

Im Haushaltsplan 2023 waren für den Ankauf des im Antrag genannten Sportplatz Traktors auf HHKto. 1/262010-040000 Mittel in Höhe von EURO 125.000,00 exkl. MwSt. vorgesehen und der Ankauf vom BGM (SUA/0190/2023 mit Reihung der Anbieter und Angebote) beim Billigstbieter Firma Auer, Mühlbachl, freigegeben.

Die Finanzverwaltung wurde vom Umweltamt Anfang Dezember 2023 drüber informiert, dass der Traktor von der Firma Auer, Mühlbachl, erst im Jahr 2024 geliefert werden kann zu diesem Zeitpunkt wurde der Haushaltsplan aufgrund des Auflageverfahrens nicht mehr geändert.

Da der Traktor in den nächsten Wochen angeliefert und laut Finanzverwaltung keine Geldmittel für das Jahr 2024 vorgesehen sind, muss der Sportplatz Traktor mittels Nachtragskredit finanziert werden.

Da es dem Herrn Bürgermeister gelungen ist, ein Altfahrzeug (Fendt-Traktor) zum symbolischen Ankaufspreis von EURO 1,00 von der HALLAG zu erhalten, kann dieses Altfahrzeug im Zuge des Neuankaufs bei der Firma Auer zu einem Preis von EURO 10.000,00 eingetauscht werden und es verringert sich der Ankaufspreis des Neufahrzeuges auf EURO 105.000,000.

Beschluss:

Der Antrag wird einstimmig genehmigt.

- zu 5. **Begründung von Abweichungen gemäß Rechnungsabschluss 2023 gegenüber dem Voranschlag ab einem Betrag von EUR 100.000,00**

ANTRAG:

Die Begründungen hinsichtlich der Abweichung des Jahresergebnisses gegenüber dem Voranschlag 2023 gemäß Beilage werden genehmigt.

BEGRÜNDUNG:

Gemäß Beschluss des Gemeinderates vom 13.12.2022 sind Abweichungen des Jahresergebnisses gegenüber dem Voranschlag über EUR 100.000,00 zu begründen.

Beschluss:

Der Antrag wird einstimmig genehmigt.

- zu 6. **Nachträgliche Genehmigung von Überschreitungen von mehr als EUR 50.000,00 im Finanzjahr 2023**

ANTRAG:

Die Überschreitungen der Mittelverwendungsansätze, gemäß Beilage, werden durch Gewährung von Nachtragskrediten genehmigt.

BEGRÜNDUNG:

Überschreitungen der Mittelverwendungsansätze sind durch Beschlussfassung des Gemeinderates oder des dazu ermächtigten Kollegialorganes nachzuweisen (§ 106 TGO).

Aufgrund der erfolgten Buchungen für das Finanzjahr 2023 und der daraus resultierenden Abschlussbuchungen sind die Nachtragskredite wie vorliegend zu beantragen.

Zusammengefasste Wortmeldungen:

Ersatz-GR Hanel zeigt sich einigermaßen verwundert, wie dieser Tagesordnungspunkt, wie auch jener zuvor, im Zuge der Sitzung aufbereitet worden sei. Er habe gewartet und gedacht, da komme noch etwas: Eine Wortmeldung des Bürgermeisters oder vom Finanzreferenten. Das sei offensichtlich nicht der Fall. Das nehme er zur Kenntnis. Es gehe aber nicht um ihn, sondern um die Haller. Diese hätten sich durchaus eine Erklärung für den einen oder anderen Punkt in dieser Überschreitungsliste verdient, zumal der Begriff „Transparenz“ geradezu das Lieblingswort - um nicht zu sagen, das

Mantra - der Bürgermeisterliste sei. In der Stadt werde ganz offen über die Einführung einer Transparenzdatenbank zum Thema Subventionen gemunkelt. Aus seiner Sicht ein richtiges und wichtiges Thema. Er hätte sich diese Transparenz der Haller Bevölkerung gegenüber jetzt aber ebenso erwartet. Man müsse sich das auf der Zunge zergehen lassen: Im Zuge der Subventionsansuchen hätten die Vereine ihre Konten und Bücher offenlegen müssen. Im Gegenzug finde es die Stadtregierung nicht wert, nur einen einzigen Punkt aus dieser Überschreitungsliste zu erklären oder näher zu erläutern. Das wäre seiner Meinung nach angebracht gewesen. Der Zuschauer im Haus und im Livestream möge sich also selbst ein Bild davon machen, wie gelebt der Begriff „Transparenz“ tatsächlich sei. Aus der Überschreitungsliste wolle er nur einen Punkt herausholen. Auf die Valorierungen und die inflationsangepassten Punkte gehe er jetzt nicht ein. Da komme man ohnehin nicht aus, die Diskussion darüber sei müßig. Ihm sei aber wichtig, was der Gemeinderat tun könne, um zukünftige Überschreitungen zu vermeiden. Da komme man auf kurze oder lange Sicht um das Thema „Aufwandsentschädigungen“ nicht herum. Er habe schon so viel zu dem Thema gesagt, er werde das bestimmt nicht wiederholen. Außerdem habe es hier eine demokratische Abstimmung gegeben, die zu respektieren sei. Am Ende des Tages werde man sich aber die Frage gefallen lassen müssen, wie lange man sich noch eine der teuersten Kommunalpolitiker im Land Tirol leiste, während man andererseits den Vereinen Subventionen massiv kürze oder gar streiche. Sie würden den Überschreitungen zustimmen und hätten das beim vorigen Tagesordnungspunkt auch schon getan. Einzig die Art und Weise der Aufbereitung hätte man aus seiner Sicht anders machen können.

Auf die Frage von Bgm. Margreiter, wie man das anders machen habe sollen, antwortet Ersatz-GR Hanel, indem man einige Punkte aus dieser Liste herausnehme und näher erkläre, warum es zu diesen Überschreitungen gekommen sei.

Bgm. Margreiter kontert, dass man zu diesem Zweck ja hier sitze. Er sehe schon, dass da jetzt ein bisschen die Nationalratswahl, die Innsbruck-Wahl, etc., durchschlage. Er müsse sich aber schon ein bisschen wundern. Schlafe die FPÖ hier? Oder im Finanzausschuss, wo diese Sachen mit neun Plusstimmen genehmigt worden seien? Er erachte es als politisch nicht redlich, jetzt groß zu argumentieren, das aber vorher nicht vorzubringen. Das sei eine versuchte Stimmungsmache. Er glaube aber, dass die Leute genau verstehen würden, was sich da abspiele. Man habe Einrichtungen, um das für alle transparent darzustellen. Wer sich dafür interessiere, könne jederzeit und überall Einblick nehmen. Das gelte insbesondere für die von der Bevölkerung gewählten Gemeinderäte. Wenn Ersatz-GR Hanel diese Verpflichtung verspüre, hätte er sie erfüllen, sich das anschauen und seine Fragen stellen können. Jetzt mit Pauschalverurteilungen herzukommen, sei aus seiner Sicht dem Wahlkampf geschuldet und für ihn nicht wirklich eine gute Politik. Das sei aus seiner Sicht auch keine gute Vertretung von Interessen. Man habe Vorbereitungsleistungen im Rahmen der Ausschüsse, wo man über alles reden, alles fragen und über alles abstimmen - und dafür oder dagegen sein - könne. Er glaube, das gehe an der FPÖ alles irgendwie vorbei. Sie wollten sich jetzt hersetzen und Stimmung machen. Er glaube nicht, dass das gelingen werde.

Ersatz-GR Hanel entgegnet, es gehe hier nicht um ihn. Er habe das im Finanzausschuss ja getan und einige Fragen gestellt, welche zu 100 Prozent beantwortet worden seien. Es gehe um die Haller. Seiner Meinung nach hätte man den einen oder anderen Punkt auf die Leinwand werfen und erklären können. Den Hallern wäre da aus seiner Sicht mehr geholfen gewesen.

Bgm. Margreiter möchte wissen, was „den einen oder anderen Punkt“ genau heißen und wer das bestimmen solle? Das wäre genau die Aufgabe von Ersatz-GR Hanel und seiner Fraktion; das wäre genau das, was gefordert werde. Dass dieser sage, dass er etwas im Gemeinderat diskutieren wolle. Man hätte im Ausschuss die Möglichkeiten, das dem Gemeinderat vorzulegen. Es sei die Aufgabe des Ausschusses, dem Gemeinderat Abstimmungsempfehlungen bzw. Anträge vorzulegen. Da liege nichts vor. Alle hätten im Ausschuss zugestimmt. Diese Show richte sich aber eigentlich von selbst.

StR Neuner möchte sich äußern, weil es um „seinen“ Finanzausschuss gehe. Ersatz-GR Hanel habe das zum Glück ja ohnehin korrigiert. Man habe das im Ausschuss sauber diskutiert und alles durchbesprochen. Dass diese Botschaft auch von Ersatz-GR Hanel gekommen sei, erachte er als wichtig. Gemeinsam mit dem Finanzverwalter seien alle Fragen zu 100 Prozent beantwortet worden. Deshalb glaube er auch nicht, dass da irgendwas nicht gepasst habe. GR Viertl habe den Rechnungsabschluss ja auch geprüft; er glaube, dass auch da alles sauber und korrekt sei. Ersatz-GR Hanel habe im Ausschuss Fragen gestellt, welche beantwortet worden seien. Er sei da bei Bgm. Margreiter, dass Ersatz-GR Hanel das vorher hätte bringen sollen, wenn er etwas in den Gemeinderat tragen wolle. Im Ausschuss sei das ohne Diskussionen einstimmig beschlossen worden. Das wolle er klarstellen.

Ersatz-GR Hanel möchte klarstellen, dass er nie gesagt habe, dass etwas nicht gepasst habe. Oder dass irgendeine Frage nicht beantwortet worden wäre. Ihm sei es allein um die Art der Aufarbeitung jetzt im Zuge dieser Sitzung gegangen.

Beschluss:

Der Antrag wird einstimmig genehmigt.

zu 7. Rechnungsabschluss 2023

ANTRAG:

Für den Rechnungsabschluss 2023 wird dem Bürgermeister die Entlastung erteilt, und der vorliegende Entwurf des Rechnungsabschlusses 2023 wird genehmigt.

BEGRÜNDUNG:

Nach den Bestimmungen der Tiroler Gemeindeordnung ist der Entwurf des Rechnungsabschlusses vom **04. März bis 18. März 2024** zur allgemeinen Einsicht in der Finanzverwaltung aufgelegt. Einwendungen sind während dieser Zeit nicht erhoben worden.

Der Entwurf des Rechnungsabschlusses wurde am 15.02.2024 und 28.02.2024 vom Überprüfungsausschuss gemäß § 111 TGO der Vorprüfung unterzogen. Dabei haben sich keine Beanstandungen ergeben. Somit wird an den Gemeinderat gem. § 108 Abs. 3 TGO seitens des Überprüfungsausschusses der obige Antrag gestellt.

Zusammengefasste Wortmeldungen:

Zu Beginn übergibt Bgm. Margreiter den Vorsitz an Vbgm. Schmid, erörtert kurz die Erstellung des Rechnungsabschlusses sowie die Beratungsreihenfolge in den Gremien und berichtet sinngemäß wie folgt:

„Im Finanzausschuss wurden die Abweichungen sowie die Überschreitungen vorberaten. Die Vorprüfung des Entwurfes ist in den beiden letzten Sitzungen des Überprüfungsausschusses erfolgt. Der Dank dafür gilt der äußerst genauen Ausschlussarbeit. Der Rechnungsabschluss wurde nach den Vorschriften der VRV erstellt und ist in der Zeit vom 04.03.2024 bis 18.03.2024 im Kammeramt zu Einsichtnahme aufgelegt.“

In erster Linie wird dem Finanzierungshaushalt, nach der Systemlogik mit seinen Einnahmen und Ausgaben, zentrale Bedeutung beigemessen. Insbesondere wenn man sich einen Überblick über das Jahresergebnis machen möchte.

Das Finanzjahr 2023 war bekanntermaßen durch unvorhergesehene Einnahmeherausfälle geprägt. So wurden um 2,7 Mio. EUR weniger Steuereinnahmen erzielt als geplant. (Ausfälle gab es bei den Ertragsanteilen, bei der Gebrauchsabgabe und bei den Erschließungsbeiträgen). Um ca. 1,2 Mio. blieben die Heime einnahmeseitig zurück. Der vom Land ausbezahlte Teuerungsausgleich in der Höhe von 0,5 Mio. verbessert das Ergebnis, so dass die Einzahlungen in der operativen Gebarung immer noch um 2,1 Mio. hinter den budgetierten Werten zurück blieben.

Beim Personal liegen wir 1,5 Mio. EUR unter Budget, was natürlich mit den Einnahmeherausfällen in den Heimen korrespondiert. Beim Verwaltungs- und Betriebsaufwand konnte ebenfalls 1,5 Mio. gespart werden, das ist Großteils auf die Entwicklung der Energiepreise für Strom und Heizung zurückzuführen.

Der Saldo 5 „Geldfluss aus der voranschlagswirksamen Gebarung“ ist als wichtige Kennzahl mit minus 1,2 Mio. nicht sehr erfreulich. Das bedeutet, dass die Höhe der liquiden Mittel, im Zeitraum 01.01.2023 bis 31.12.2023, um ca. 1,2 EUR geschrumpft ist. Im Vorjahr gab es da noch ein Plus von rd. 800.000 EUR.

Bei den großen Vorhaben gab es einige Verschiebungen in die Zukunft. So konnte die Anschaffung des budgetierten Feuerwehrfahrzeuges in diesem Jahr wieder nicht umgesetzt werden. Die Gebäudesanierung des Kinderzentrums Hall-Schöneck und auch die Errichtung der Kinderbetreuung Hall West wurden verschoben. Der Umbau der Räumlichkeiten im Umweltamt konnte umgesetzt werden. Die Sanierung des Freischwimmbades wurde begonnen und liegt im Plan.

Der Rücklagenstand hat sich im Zeitraum 01.01. bis 31.12.2023 um rund 1,5 Mio. EUR reduziert und liegt mit Jahresende bei rd. 6,5 Mio. EUR. Selbstverständlich sind, wie gesetzlich vorgeschrieben, sämtliche Rücklagen in entsprechenden Zahlungsmittelreserven gedeckt.

Die unmittelbaren Beteiligungen (Unternehmensanteile an Hall AG und TIGEWOSI) wurden aus den letzten vorliegenden Jahresabschlüssen dieser Unternehmen (Geschäftsjahr 2022) heraus bewertet und sind im abgelaufenen Finanzjahr von 49,2 auf 49,0 Mio. Euro gesunken.

Die Darlehensverpflichtungen (Anlage 6c) sind aufgrund der Darlehensaufnahme für das Freischwimmbad leicht angestiegen und betragen nunmehr 28,8 Mio. Euro. Der Schuldenstand konnte durch laufende Tilgungen, so wie auch im Vorjahr, um ca. 1,3 Mio. reduziert werden. Es musste im Berichtsjahr ein Fixzinsdarlehen in Höhe von 1,6 Mio. EUR aufgenommen werden.

Die Höhe unseres Darlehensstandes resultiert auch daraus, dass das Schulzentrum Hall in Tirol im städtischen Haushalt geführt wird und nicht – wie bei anderen Gemeinden und Regionen üblich – ein Schulverband besteht, wo die Schulden bei diesen Verbänden bestehen und der Schuldendienst von den Verbandsgemeinden dorthin geleistet wird. Die Schulden des Schulzentrums Hall in Tirol scheinen deshalb in den Büchern der Stadt auf, wobei die Sprengelgemeinden vertraglich verpflichtet sind, ihren Beitrag zum

Schuldendienst von knapp 300.000 Euro pro Jahr zu leisten. Für das Schulzentrum wurden seinerzeit von der Stadtgemeinde Darlehensmittel in Höhe von 13,8 Millionen Euro aufgenommen.

Zu den übernommenen Haftungen ist anzumerken, dass außerordentliche Abgänge bei den Darlehen der Hall AG zu verzeichnen sind. Der Haftungsstand von 18 Mio. EUR ist auf 11,1 Mio. EUR zurückgegangen. Also eine Verringerung von fast 6,9 Mio. EUR an Haftungen bei der Hall AG. Zusammen mit den restlichen Haftungen für das Franziskanergymnasium und den Abwasserverband sind die Haftungen in Summe von 25 Mio. auf 17,6 Mio. zurück gegangen.

Nachdem die Stadtgemeinde in den Jahren 2021 und 2022 von unerwartet hohen Steuereinnahmen profitiert hat, ist der vorliegende Rechnungsabschluss nun von Ausfällen bei den Steuereinnahmen geprägt. Dies hat sich negativ auf das Jahresergebnis ausgewirkt.

Ganz positiv ist dem gegenüber die Situation bei der Kommunalsteuer im abgelaufenen Finanzjahr zu sehen. Die Einnahmen entsprechen mit 9,2 Mio. EUR ziemlich genau den Erwartungen. Dies ist auf die hohen Lohnabschlüsse und ganz allgemein auf den Branchenmix und die sehr gute Beschäftigungssituation in Hall zurückzuführen.“

Bgm. Margreiter möchte diese Gelegenheit nutzen, um sich bei den Unternehmen, die für die Erwirtschaftung der Gehälter zuständig seien - und dass die Kommunalsteuer abgeliefert werden könne -, ganz herzlich zu bedanken. Er stehe für Fragen gerne zur Verfügung, bezüglich Details könne Finanzverwalter Mag. Schoiswohl Auskunft erteilen.

Nachdem keine Fragen gestellt werden, verlässt Bgm. Margreiter den Saal. Als Ersatz nimmt Ersatz-GR Steinmayr an der Sitzung teil.

GR Viertl möchte sich zunächst beim Team des Überprüfungsausschusses bedanken. Es habe ihm auch dieses Jahr wieder viel Freude gemacht, mit ihnen zu arbeiten. Weil es sich um eine Gruppe von engagierten Leuten handle, die sich in ihrer Freizeit sehr für dieses Thema interessieren und sich damit beschäftigen würden. Zudem seien die Mitglieder des Überprüfungsausschusses auch in anderen Ausschüssen tätig und würden auch in anderen Projekten mitarbeiten; da sei es nicht selbstverständlich, wenn man sich dann zu später Stunde am Abend noch bei einem so sensiblen Thema einbringe, wo man sich doch sehr konzentrieren müsse. Er wolle sich des Weiteren herzlich bei den Mitarbeitern der Stadtgemeinde bedanken, in erster Linie bei den Mitarbeiterinnen der Buchhaltung und der Finanzverwaltung – die „Perlen“ der Finanzverwaltung der Stadt Hall. Insbesondere aber auch beim Finanzverwalter und dessen Stellvertreter. Die Buchhaltung der Stadt Hall sei makellos. Das müsse man hervorheben. Er komme aus der Privatwirtschaft und habe da auch einige Buchhaltungen gesehen, welche bei weitem nicht so akkurat geführt würden, wie jene in der Stadt Hall. Das sei nur dann möglich, wenn man da Mitarbeiter*innen habe, welche nicht Dienst nach Vorschrift machen würden, sondern mit Herz und Seele dabei seien und sich engagieren würden. Die Damen würden am Tag bis zu 300 Buchungen durchführen. Das seien im Jahr über 60.000 Buchungen. Das würde aber neben allen sonst noch anfallenden Dingen gemacht – störende Anrufe, Anfragen aus dem Überprüfungsausschuss, sonstige diverse Aufgaben. Das Leiden, zu wenig Personal zu haben, sei ja verbreitet. Man sei in vielen Dingen also überbeansprucht, trotzdem würde das hier extrem gut klappen, weshalb er ein großes Lob ausspreche, dass dieses Team so engagiert für die Stadt Hall im Einsatz sei. Für ihn sei auch faszinierend, dass die Damen und der Finanzverwalter das Meiste zumindest rudimentär im Kopf hätten, egal um was es gehe und zu welchem Beleg man etwas frage. Für die Details werde natürlich nachgeschaut. Sich aber übers Jahr bei 60.000 Belegen zu merken, was da darüberstehe, sei eine geistige Leistung, wo man Vergleichbares erst einmal finden

müsse. Finanzverwalter Mag. Schoiswohl sei für ihn ein bisschen „der Unternehmer im Unternehmen“. Genau so würde dieser nämlich agieren. Dieser habe eine ausgeprägte Fachkompetenz. Er wisse zwar nicht immer alles, eigne sich aber das Wissen an, wo er sich nicht so auskenne. Es sei extrem wertvoll, da jemanden sitzen zu haben, der sich am Puls der Zeit auf dem Stand halte. Auch das sei in Zeiten wie diesen nicht selbstverständlich. Das lebenslange Lernen werde zwar oft in den Mund genommen, aber sehr wenig gelebt. Mitarbeiter wie den Finanzverwalter würde jedes Unternehmen suchen, aber leider praktisch nicht finden. Er würde ihn ja selber gerne abwerben, doch sei dieser hier leider verankert. Finanzverwalter Schoiswohl habe einen extrem guten Orientierungssinn im bürokratischen Dschungel, vor allem wenn es um Landesangelegenheiten wie Förderungen etc. gehe. Er sei mit viel Empathie, Sympathie und Beharrlichkeit ausgestattet, was für die Stadt Hall in vielen Belangen, vor allem in schwierigen Fällen, von Vorteil sei, weil er oft „ein Ätzchen mehr erreiche“, was über das Jahr kumuliert für die Stadt einen großen Vorteil biete. Danke! Zum Rechnungsabschluss wolle er vorwegnehmen, dass der Überprüfungsausschuss im Vergleich zu den anderen Ausschüssen kein freiwilliger Fachausschuss sei, sondern laut Tiroler Gemeindeordnung zwingend vorgeschrieben. Die Hauptaufgaben im Zusammenhang mit dem Rechnungsabschluss seien in den §§ 106 und 108 der Tiroler Gemeindeordnung geregelt und würden neben anderen Punkten unter anderem die mindestens vierteljährliche Überprüfung der Gemeindegasse beinhalten. Man müsse sich also mindestens viermal im Jahr mit der Gebarung der Stadt Hall auseinandersetzen. Ebenso gehöre die Prüfung des Rechnungsabschlusses dazu, sodass dieser durch den Bürgermeister dem Gemeinderat rechtzeitig vorgelegt werden und jener über die Entlastung des Bürgermeisters bzw. die Genehmigung des Rechnungsabschlusses bis 31. März des Folgejahres befinden könne. Dabei würden die rechnerische Richtigkeit und die Übereinstimmung mit dem Voranschlag überprüft. Das werde vor den zugrunde gelegten Prinzipien der Zweckmäßigkeit, der Wirtschaftlichkeit und der Sparsamkeit gemacht. Er wolle ein paar Punkte bringen, welche zu den Ausführungen des Bürgermeisters passen würden. Bezüglich des Budgets habe es im Jahr 2023 einige nicht unwesentliche Abweichungen gegeben, welche nicht durch die Stadt selbst verursacht worden seien, sondern von außen – im Prinzip wie eine höhere Gewalt – gekommen seien. Faktoren der höheren Gewalt könne man sehr schlecht vorhersagen und planen. Man könne eine gewisse Sicherheit berücksichtigen, aber exakte Vorhersagen, was kommen werde und man dafür brauche, seien nicht möglich. Einerseits handle es sich um die wirtschaftliche Entwicklung, welche bereits im Jahr 2023 einen falschen Verlauf genommen habe. So habe es einnahmenseitig Ausfälle gegeben, welche der Stadt finanziell wehtäten. Bei den Erschließungsbeiträgen habe man ca. EUR 0,5 Millionen weniger eingenommen. Für den Bereich Bau werde vorerst keine Erholung erwartet. Wenn man mit den großen Bauunternehmen spreche - was er gemacht habe -, könne man frühestens mit Mitte oder Ende des Jahres 2025 damit rechnen, dass sich das wieder in eine andere Richtung zu entwickeln anfangen. Die Einkommenssteuer sei ein bundesweites Phänomen. Die Umsatzsteuer habe sich deutlich reduziert. Hintergrund seien Steuererleichterungen, welche zwar den Konsumenten und auch Unternehmen in vielen Bereichen zugutekämen; aber in letzter Konsequenz bedeute das für die Stadt weniger Einnahmen. Das habe in Hall mit rund EUR 600.000,- zu Buche geschlagen. Wie der Bürgermeister ausgeführt habe, sei die Kommunalsteuer im Jahr 2023 eine positive Erscheinung gewesen, weil man diesbezüglich relativ stabil geblieben sei. Im Jahr 2024 werde das wahrscheinlich leider anders ausschauen. Man werde damit rechnen müssen, dass man hier rund 1/4 Million Euro oder sogar mehr verliere. Das resultiere daraus, dass zwei nicht unerheblich große Unternehmen Hall nicht mehr zur Verfügung stehen würden und leider aufgrund der wirtschaftlichen Entwicklung Stellen – er wolle jetzt nicht sagen, abgebaut – zumindest nicht nachbesetzt würden. Die Kommunalsteuer errechne sich vom Einkommen der

Mitarbeiter eines Unternehmens. Ein auch immer noch mehr zu beobachtendes Phänomen sei, dass weniger höher verdienende Positionen besetzt würden, sondern eher niedrig verdienende Positionen, was sich in letzter Konsequenz auch negativ auf die Einnahmen niederschläge. Man habe auch einige unvorhergesehene Ereignisse gehabt – höherer Gewalt –, welche sich nicht oder nur schwer planen ließen. Er habe in den Gremien schon mehrfach gesagt, dass die Infrastruktur der Stadt leider in vielen Bereichen marode sei. Das müsse repariert bzw. saniert werden. Da seien Dinge dabei, die man einfach machen müsse. Beispielsweise eine Notrufsignaleinrichtung in einer Schule, wozu man verpflichtet sei. Es sei auch am Brunnen am Unteren Stadtplatz ein Leitungsschaden aufgetreten, wodurch der Technikkeller unter Wasser gestanden sei. Das könne man nicht ignorieren, sondern müsse man reparieren, was an die EUR 50.000,- gekostet habe. Dann habe man noch das Thema des Fuhrparks. Bauhof, Sportplatz – da habe man vorhin ohnehin über den Ankauf eines neuen Traktors abgestimmt, wo man auch ein Gefühl für die Größenordnung bekomme, was so ein Fahrzeug koste. Sofern er richtig informiert sei, habe der Fuhrpark ein Durchschnittsalter von 20 Jahren. Da könne sich jeder ausrechnen, dass das nicht das einzige Fahrzeug bleibe, welches man ersetzen müsse; da würden noch einige nachkommen. Da gehe es nicht nur um Traktoren, sondern auch um LKW. So ein LKW koste in Grundausstattung EUR 100.000,- plus. Momentan habe man hier sehr teure Reparaturen, weil aufgrund des Alters unvermeidbare Schäden auftreten würden. In der Mittelschule Dr. Posch habe man auch Reparaturen durchführen lassen müssen. Das klinge mit EUR 20.000,- nicht so schlimm, das Geld würde dann aber im Budget fehlen. So etwas zu planen sei leider nur sehr schwer möglich, wenn man z.B. einen Sturmschaden habe. Ein anderes Thema seien die fehlenden Pflegeplätze im städtischen Wohn- und Pflegeheim. Das Personal sei ein riesen Thema. Die pflegebedürftigen Menschen würden nicht weniger, sondern tendenziell mehr. Wenn man diese in den eigenen Heimen nicht unterbringen könne - und irgendwo müsse man sie zur Pflege unterbringen -, sei man darauf angewiesen, sie in anderen Pflegeeinrichtungen unterzubringen, was die Stadt auch Geld koste. Das habe im abgelaufenen Jahr rund EUR 50.000,- mehr gekostet. Wenn man hier nicht rasch eine Lösung finde, werde man im Jahr 2024 das Budget noch einmal überschreiten. Da rede man von Mehrkosten von EUR 100.000,- für das Jahr 2024. Laut Absprache mit dem Finanzverwalter sei es absehbar, dass man sich in diese Richtung bewege. Allgemein sei man in der Vergangenheit sehr verwöhnt gewesen. Die Steuern seien gesprudelt, was klar sei, wenn die Wirtschaft gut laufe und die Betriebe sich entwickeln würden; wenn der Konsument bereit sei, mehr auszugeben, beispielsweise indem man baue. Da kämen auch bei der Stadt mehr Gelder herein. Diesbezüglich habe man nun nach vielen fetten Jahren eine Trendwende hin zu mageren Jahren festgestellt; dass die Steuern laufend sinken würden, was auch in den nächsten Jahren der Fall sein werde. Auf der anderen Seite sei man mit erheblichen Kostensteigerungen konfrontiert. Das habe zu einschneidenden, das Budget betreffenden Entscheidungen geführt. Weil man in letzter Konsequenz nicht von heute auf morgen denken könne, sondern langfristiger denken müsse. Was Hall gut könne, sei Löcher stopfen. Was Hall ein bisschen vernachlässigt habe sei, dass man irgendwann die Löcher nicht mehr stopfen könne, sondern die Substanz erneuern müsse. Das koste eben mehr als nur irgendwo ein Loch zuzumachen. Der Überprüfungsausschuss habe die Bücher geprüft und sei zu der Entscheidung gekommen, dass diese gesetzeskonform und korrekt geführt worden seien - und auch würden. Alle Fragen, und das seien viele gewesen, hätten hinreichend und erschöpfend beantwortet werden können. Stellvertretend für den Überprüfungsausschuss spreche er sich dafür aus, dem Gemeinderat nahezulegen, diesen Rechnungsabschluss 2023 zu genehmigen. Der entsprechende Antrag liege bereits vor. Er bedanke sich für die Aufmerksamkeit.

Vbgm. Schmid bedankt sich für den ausführlichen Bericht. Sie wolle sich dem Dank an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter natürlich anschließen.

*StR Schramm-Skoficz möchte sich diesem Dank auch anschließen, weil sie wisse, wieviel Arbeit dahinterstecke. Sie sei zwölf Jahre lang Obfrau des Überprüfungsausschusses gewesen und wisse, welches Konvolut an Rechnungen und Belegen da jeden Tag aufliege. Und wieviel Information die Mitarbeiter*innen auch für die Mandatar*innen hätten. Man könne das auch gar nicht machen, wenn man nicht so beraten würde. Vielleicht solle man öfter auf die Mitarbeiter*innen hören - was leider nicht immer gemacht werde. Man werde sich aber Mühe geben, in Zukunft ein bisschen auf deren Sparsamkeit zu achten.*

Vbgm. Schmid stellt fest, dass es keine Wortmeldungen mehr gibt. Sie verliert den Antrag und lässt darüber abstimmen.

Beschluss:

Der Antrag wird einstimmig genehmigt.

Bgm. Margreiter nimmt wieder an der Sitzung teil und übernimmt den Vorsitz. Er bedankt sich bei Vbgm. Schmid für die vertretungsweise Vorsitzführung und beim Gemeinderat für die Entlastung. Ersatz-GR Steinmayr nimmt nicht mehr an der Sitzung teil.

zu 8. Auftragsvergaben

Es liegt kein Antrag vor.

zu 9. Liegenschaftsangelegenheiten der Hall AG/HALLAG Kommunal GmbH

Es liegt kein Antrag vor.

zu 10. Personalangelegenheiten

Zur Behandlung dieses TOP – welche im Anschluss an TOP 11. erfolgte - wurde einstimmig die Öffentlichkeit ausgeschlossen. Es wurde eine gesonderte Niederschrift abgefasst.

zu 11. Anträge, Anfragen und Allfälliges

11.1.

*Vbgm. Hackl bringt seitens der Gemeinderatspartei „Volkspartei Hall Team Werner Hackl“ folgenden **Antrag** betreffend **Einrichtung eines Sonderfinanzierungstopfes für Vereine und Kulturschaffende** ein:*

Der Gemeinderat möge beschließen:

Die Stadtgemeinde richtet einen Sonderfinanzierungstopf für bereits bestehende Haller Sport- und Kulturvereine (Stichtag 1.1.2024) und langjährig in Hall tätige Kulturschaffende ein, um die Subventionskürzungen im Jahr 2024 abfedern zu können.

Der Topf wird mit Mitteln in der Höhe von mindestens € 136.000.- dotiert. Die Bedeckung erfolgt durch Einsparungen und Mehreinnahmen auf diversen Haushaltskonten.

Der Sonderfinanzierungstopf ist bis zum Ende des 2. Quartals 2024 einzurichten. Bis zu diesem Zeitpunkt haben die zuständigen Ausschüsse (Finanzausschuss, Kultur und Integrationsausschuss, Sportausschuss) entsprechende Vorgaben zur Beantragung von Förderungen und Vergaberichtlinien zu erarbeiten und diese auf der Homepage der Stadt Hall zu veröffentlichen.

Begründung:

Die substanziellen Kürzungen von Förderungen im laufenden Haushaltsjahr bringen viele Vereine und besonders die Kulturschaffenden in finanzielle Bedrängnis.

Zwei renommierte Veranstaltungsreihen, Sprachsalz und Burgsommer sind heuer bereits aus dem kulturellen Spektrum Halls verschwunden. Damit es nicht so weiter geht und Hall nicht weitere wichtige Haller Kultureinrichtungen verliert, oder diese ihre Programme drastisch kürzen bzw. aus Hall auslagern müssen, soll dieser Topf für bestehende Haller Sport- und Kulturvereine und langjährig in Hall tätige Kulturschaffende eingerichtet werden. Die entsprechenden Regularien sind parallel zu erarbeiten.

Dies soll bis spätestens Ende Juni erledigt sein, damit die Beantragung und Ausschüttung von Mitteln mit Beginn des zweiten Halbjahrs 2024 erfolgen können.

Vbgm. Hackl erinnert an seinen Zusatzantrag im Zusammenhang mit der Beschlussfassung des Haushaltsplans 2024 am 12.12.2023. Demnach solle ein Topf eingerichtet werden, um die Vereine und Kulturschaffenden - sozusagen - nicht sterben zu lassen. In der gegenständlichen Niederschrift stehe, dass das gegebenenfalls in der nächsten Gemeinderatssitzung beschlossen werden solle, was nicht erfolgt sei. Er sei damals auch krank gewesen, deshalb wolle er das nun nachholen und auch schriftlich einreichen. Man habe das nun konkretisiert und die damals vorgesehene Mittelverwendung etwas loser gefasst, um mehr Möglichkeiten zu haben, diese Mittel aufzubringen.

11.2.

*Ersatz-GR Hanel bringt für die Gemeinderatspartei FPÖ Hall folgenden **Antrag** betreffend **Bereitstellung von Finanzmittel in der Höhe von EUR 2.000,- für die Team Österreich Tafel des Roten Kreuzes, Ortsstelle Hall in Tirol, ein:***

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Dem Verein „Team Österreich – Tafel Rotes Kreuz Ortsstelle Hall in Tirol“ wird seitens der Stadtgemeinde 6060 Hall in Tirol € 2.000,- für das Kalenderjahr 2024 zur Verfügung gestellt.

Begründung:

Der Verein „Rotes Kreuz Ortsstelle Hall in Tirol“ betreibt jeden Samstag ab 18:00 Uhr, am Vereinsgelände, Bruckergasse 20, 6060 Hall in Tirol, die Tafel für sozial-, bzw. einkommensschwache Haller BürgerInnen. Im Vorfeld werden die Einkommens- und Vermögensverhältnisse der Klienten genauestens überprüft, um etwaigem Missbrauch vorzubeugen.

Der Andrang aus der Bevölkerung wird in Zeiten von Rekordinflation und massiver Teuerung wöchentlich stärker, weshalb mit der üblichen Menge an Lebensmittelspenden der großteils Haller Betriebe bei Weitem nicht mehr das Auslangen gefunden werden kann.

Um seitens der Gemeindepolitik sozial treffsicher, schnell und unbürokratisch Hilfe für die Haller Bevölkerung leisten zu können, wird um breite Zustimmung im Gemeinderat ersucht.

11.3.

*GR Sachers möchte ihrer Wortmeldung vorausschicken, dass es ihr hier nicht um eine Stimmungsmache gehe, sondern sie große Sorge umtreibe. Sie habe aus den Medien erfahren, dass als Ersatz für den Entfall von Sprachsalz und Burgsommer geplant sei, dass der Bürgermeister sowie GR Sailer als Veranstalter auftreten wollen würden. Sie wolle beiden keinesfalls die fachliche Kompetenz absprechen. Für sie stelle sich die Frage, woher das Geld dafür kommen solle. Es hätten bisher die Initiatoren von Sprachsalz ja auch schon ehrenamtlich gearbeitet. Die Subventionen seien lediglich für die Unterbringung, die Verpflegung und die Gagen der Künstler*innen verwendet worden. Es würde also fast gleich viel kosten. Große Sorgen bereite ihr die Verquickung von Politik und Kultur. Diese Verquickung sei immer problematisch, weil sich Kunst frei entfalten können müsse - ohne Einfluss von oben. Ihrer Meinung nach wäre das auch ein wirklich fatales Zeichen an die Haller Kulturschaffenden. Die würden sich seit Jahrzehnten bemühen, mit nicht wirklich üppig ausgestatteten Subventionen ein interessantes Programm für alle Hallerinnen und Haller auf die Bühne zu bringen. Sie seien bestens vernetzt und hätten bis jetzt hervorragende Arbeit geleistet. Die Signalwirkung dieser Verquickung zwischen Politik und Kultur nach außen sehe sie als suboptimal. Um es gelinde auszudrücken. Hall sei ja auch in überregionalen Medien immer wieder mit negativen Schlagzeilen konfrontiert worden. Sie glaube nicht, dass das weniger würde, wenn man das wirklich so durchführen würde. Sie bitte darum, das noch einmal zu überdenken und Revue passieren zu lassen. Und dass man das nicht als Kritik ihrerseits verstehe, sondern als Anregung, eben weil sie große Sorge habe. Es sei bisher schon sehr viel Porzellan zerschlagen worden. Da müsse man jetzt dringend dagegen arbeiten. Sie habe sich vier Schlagwörter aufgeschrieben, was ihrer Meinung nach nun unbedingt notwendig sei: Offenheit, Ehrlichkeit, Wertschätzung und Kommunikation. Das alles nicht nur den Kulturschaffenden gegenüber, sondern auch den anderen Gemeinderatsmandataren gegenüber.*

Bgm. Margreiter entgegnet, er vertrete in Hinblick auf die Äußerung von GR Sachers eine konträre Meinung. Kulturpolitik könne sich nicht darin erschöpfen, nur Gelder zu verteilen. Kulturpolitik beinhalte seiner Meinung nach wesentlich mehr Verantwortung. Das sei bisher überhaupt nicht kritisch betrachtet worden. Die Stadt sei schon vielfach als Veranstalter - auch als Kulturveranstalter - aufgetreten. Das sei für niemanden ein Problem gewesen. Jetzt sei das offenbar ein Problem. Es gebe natürlich die Kultur, welche von Vereinen gemacht werde. Wenn Vereine aber sagen würden, sie könnten nur arbeiten, wenn sie von der Politik Geld bekämen, frage er sich, wie unabhängig diese Vereine seien. Diese würden dann ja direkt am Tropf der Politik hängen. Das widerspreche dann eigentlich dem, was er als freies Vereinswesen erachte, welches für

eine demokratische Gesellschaft existenziell wichtig sei. Menschen sollten sich zu Vereinen zusammenschließen können, das sei eine wichtige Errungenschaft. Sie sollten frei entscheiden, welchen Vereinszweck sie verfolgen würden, nach welchem Statut sie diesen Vereinszweck verfolgen wollten, welche Mitglieder sie aufnehmen würden, welche Mitgliedsbeiträge zu bezahlen seien. Die Medaille habe aber als andere Seite, dass zu dieser Freiheit dazugehöre, dass man sich selber vorstellen und organisieren müsse, wie man diesen Vereinszweck finanziere. Egal, welche Art von Verein es sei. Wenn man von vornherein sage, dass man eigentlich eine Art Abteilung der Gemeinde sei und das Geld der Gemeinde benötige, um überhaupt arbeiten und den Vereinszweck erfüllen zu können, dann werde seiner Meinung nach diese wichtige Komponente des Vereinswesens komplett vernachlässigt. Er sehe die von GR Sachers aufgeworfene Problemstellung nicht. Wenn Vereine zusehends sagen würden, sie würden nichts mehr machen, sei es seiner Vorstellung nach eine Verantwortung der Politik, dass in Hall tatsächlich nicht „das Licht ausgehe“, sondern dass man schaue, was man machen könne. Da gehöre dazu, unter Umständen da und dort selbst als Veranstalter aufzutreten wie beispielsweise bei „Hall tafelt“, wo die Stadt bei dieser Bürgerversammlung als Veranstalter aufgetreten sei. Genauso könne man auch im Zusammenhang mit einer kulturellen Initiative als Veranstalter auftreten. Das sei für ihn überhaupt kein Widerspruch; im Gegenteil. Bei dieser konkreten Angelegenheit sei die Finanzierung nun so konzipiert – da stehe ja noch nichts da –, dass keine Budgetmittel gebraucht würden. Das solle über Subventionen bzw. über Sponsoring finanziert werden. Da müsse man schauen, ob das funktioniere. Das sei aber absolut im Sinne der Kulturpolitik. Kulturpolitik bestehe auch im Gestalten, nicht nur im Geldverteilen.

StR Schramm-Skoficz möchte sich zum Vorbringen äußern, wonach die Vereine das alles selber machen müssten. Vereine, die Sozialarbeit, Jugendarbeit oder Kultur machen würden, seien in der Gemeinde ganz essenziell. Wenn die anfangen müssten, hohe Mitgliedsbeiträge festzulegen, um existieren zu können, werde das nicht mehr für die ganze Bevölkerung stimmig sein. Da werde so wertvolle Arbeit geleistet! Da habe man nun wirklich einen Schnitt hineingemacht. Für sie stelle sich die Frage – was sie als mündliche Anfrage formulieren wolle –, wie man es für 2025 und die Folgejahre schaffe, dass die Vereine wieder eine Planungssicherheit bekämen? Damit diese wieder arbeiten könnten. Ein Verein werde nie arbeiten können wie eine Firma. Es werde die Stadt immer Sponsoring machen müssen, damit da gute Arbeit passieren könne. Dafür solle man auch dankbar sein, weil man so etwas selbst ja gar nicht leisten könne, was von Vereinen in freiwilliger Arbeit gemacht werde - in Jugendarbeit, in kulturpolitischer Arbeit, in Sozialarbeit. Da müsse die Stadt als verlässlicher Partner dastehen. Was wolle man denn tun, dass es in Zukunft wieder so sei, dass die Leute nicht das Gefühl hätten, sie würden von der Stadt im Stich gelassen, und dass auch ihre Arbeit von der Stadt wertgeschätzt werde? Da müsse man sich schon unterhalten, und zwar so schnell als möglich, damit nicht noch mehr Vereine sagen würden, sie müssten gehen, weil sie hier die finanziellen Möglichkeiten nicht mehr hätten.

Bgm. Margreiter antwortet, das sei alles recht und gut und in Ordnung. Man könne sich aber nur nach der Decke strecken. Diese Forderung nach Verlässlichkeit sei für ihn nicht nachvollziehbar. Man könne nicht verlässlicher sein als die Verlässlichkeit der Steuereinnahmen, welche man habe. Er könne ja auch nicht von den Steuerzahlern fordern, verlässlich zu sein und immer gleich viel Steuern zu zahlen, damit die Stadt immer gleich viel Geld zum Verteilen habe. Man sei hier – wie alle anderen auch – der wirtschaftlichen Großwetterlage ausgesetzt. Den Vorschlag, woher man denn das Geld nehmen solle, vermisse er leider immer. Bei ihm würden Leute sitzen, deren 95-jähriger Vater nicht mehr in der Lage sei, die 90-jährige Mutter zu pflegen, die dement wäre. Da werde ein Pflegeplatz benötigt. Man würde auch einen bekommen, könne sich aber den Investitionskostenbeitrag nicht leisten. Er könne als Bürgermeister dann nur sagen, dass

man das leider auch nicht zahlen könne, weil das städtische Budget erschöpft sei. Weil man das Geld für – „weiß nicht für was“ – ausbebe. Sich hier herinnen herzustellen und nur zu sagen, da müsse man geben, und dort müsse man auch geben, und da und dort, sei sehr einfach. Er wolle zunächst wissen, wo man das denn hernehmen solle. Solle man Gebühren erhöhen, Mitarbeiter entlassen – was solle man denn machen? Das sei eine Schicksalsgemeinschaft, und dem könne sich auch ein kulturtreibender Verein nicht entziehen. Er könne niemandem die Garantie geben, dass er jedes Jahr gleich viel bekomme, und vielleicht auch noch eine Inflationsabgeltung. Dass das schön, nett und gut wäre, verstehe er. Das wäre auch für die Stadt schön und gut. Das sei aber nicht möglich. Man müsse endlich der Realität ins Auge schauen und nicht irgendwelche Träume träumen. Es gehe darum, das, was man habe und an Einnahmen zur Verfügung stehe, zu verteilen und dabei auch den riesigen Strauß an Aufgaben zu erfüllen, welche eine Gemeinde zu bewältigen habe. Natürlich seien manche prominenter in den Medien präsent als andere; ja, weil sie das fast schon professionell betreiben würden. Das könne aber nicht das entscheidende Kriterium sein. Das entscheidende Kriterium müsse für den Gemeinderat sein zu sehen, wo es notwendig sei, wo man eine Verpflichtung habe, etwas zu machen, etwas beizutragen, und in welchem Umfang das möglich sei. Letztlich müsse man eine gewisse Umverteilung vornehmen. Deshalb wolle er von allen, die sagen würden, man solle irgendwelche Beträge zur Verfügung stellen, wissen, woher man diese nehmen solle. Als nächstes bringe er hier die HALLAG. Das betreffe das Kraftwerk in Volders, wo es aufgrund geänderter wasserrechtlicher Vorschriften erforderlich sein werde, gigantische Mittel in die Hand zu nehmen. Das werde nicht die Stadt in die Hand nehmen, sondern die HALLAG. Deshalb werde es notwendig sein, auch diesbezüglich seitens des Gemeinderates entsprechende Beschlüsse zu fällen, weil dies die HALLAG nur mit Zustimmung des Gemeinderates machen könne. In diesem Zusammenhang werde es notwendig sein, dass die Stadt hier wieder Haftungen übernehme. Man habe wirklich riesige Aufgaben vor sich. Etwa die Sanierung der Schule Schönegg. Natürlich könne man sich heute als Verein in den Medien breit machen und Unterschriften sammeln, dass man zu wenig Geld bekomme und das nicht gehe. Er würde es aber gut finden, wenn sich auch die Vereine überlegen würden, wie man irgendwo sparen könne; vielleicht auch das Programm etwas zu ändern, ohne dass gleich alles zusammenbreche. Oder ohne dass man gleich abwandere. Das könne man seiner Meinung nach von Vereinen auch erwarten.

GR Hinterholzer bezeichnet sich als nicht so kulturaffin wie manch andere hier. Ein Literaturfestival zu machen, sehe er aber durchaus kritisch. Er glaube, dass das niemand verstehen werde und dass das ein komisches Bild mache, die Kultur so zu kürzen und dann ein eigenes Literaturfestival zu machen. Das koste genauso Geld, und oft koste ein Neuprojekt noch mehr. Ihm sei klar, dass man Einsparungen machen müsse. Er kenne aber keine andere Gemeinde, die das so in der Kultur gemacht habe wie die Stadt Hall. Die anderen Gemeinden würden vor derselben Herausforderung stehen. Man müsse Ausgaben überprüfen und ineffiziente Ausgaben identifizieren in Zusammenarbeit mit dem KDZ, wie das der Städtebund vorschlage; Konsolidierungen von Dienstleistungen und Lieferanten durchführen wie beispielsweise die Putzfirma; Verträge anschauen und neu verhandeln; Personalstrukturen überprüfen; wie könne man die Mitarbeiter motivieren, dadurch werde die Arbeitsleistung erhöht. Das spare auch Geld. Das sei die Kurzfassung von dem, was Vbgm. Schmid in der letzten Gemeinderatssitzung verlesen habe. Ein wichtiger Punkt wäre sicher auch, dass man sich wieder auf die Projekte fokussiere, welche wirklich wichtig und in aller Fokus gelegen seien: Ausbau und Sanierung von Schulen, Kinderbetreuung, Straßenbau, sozialer Wohnbau. Und da passiere fast nichts. Zurzeit fange man immer wieder Projekte an, welche nicht zu Ende gebracht würden bzw. die nicht immer fertiggestellt würden, wie angedacht. Wie eben z.B. der Marktanger, oder der Oberer Stadtplatz. Da werde jetzt angedacht, Sitzmobiliar

zu kaufen, was genauso der Bauhof machen könne, der das eh so super mache. Da würde man auch Geld sparen. Als weiteres Beispiel falle ihm das Schwimmbad ein, der Campingplatz – dass man das so ausbaue und vergrößere, weil da wirklich Geld hereinkommen würde. Natürlich würde das am Anfang Geld kosten. Den Vorschlag habe man auch schon einmal gemacht, das sei aber dann nicht mehr im Fokus gewesen. Das Budget stehe jetzt schon, aber man müsse nun auf das Jahr 2025 denken – worauf lege man den Fokus, was wolle man? Gegebenenfalls müsse man jetzt schon sparen, dass es sich 2026 ausgehe oder vielleicht später, damit man nicht wieder in so eine Situation komme. Aber den Fokus solle man nicht verlieren.

GR Viertl bemerkt, dass diese Diskussion immer wieder hochkomme. Ihm gehe das ein bisschen auf die Nerven. Massiv würde ihn die Polemik stören, die hier immer wieder hereingebracht werde. Bezugnehmend auf Vbgm. Hackl: Man lasse keine Vereine sterben, oder man lasse auch keine Vereine im Stich. Man habe getan, was man tun habe können. Mehr sei nicht drin. Es gebe Gemeinden, welche überhaupt nichts ausschütten würden, etwa die Gemeinde Mils, weil diese das Geld einfach nicht hätten. Fordern sei immer leicht, Vorschläge zu bringen, wie man das löse, sei immer schwierig. Er verstehe nicht, warum die Leute, welche die Kulturpetition unterschrieben hätten – da seien ja einige prominente Namen dabei –, nicht honorarfrei einen Auftritt in Hall machen und die Einnahmen etwa den Kulturvereinen zur Verfügung stellen würden. Er könne sich vorstellen, dass da schon etwas zusammenkommen könne, mit dem die Vereine etwas anfangen könnten, wenn die eine oder anderer Persönlichkeit komme. Auch wenn man das auf Basis freiwilliger Spenden mache. Zum Thema „Fokus auf etwas legen“: Das könne man machen, wenn man aus dem Vollen schöpfe. Die Stadt habe aber so viele Punkte, welche erledigt werden müssten, und wo es schwierig sei, einen Fokus umzulegen. Weil das bedeute, dass man woanders den Fokus nicht hinlegen könne, und da könne auch Wichtiges auf der Strecke bleiben. Zum vom Bürgermeister angesprochenen Beispiel, dass Kinder ihre Eltern nicht in einem Pflegeheim unterbringen könnten, weil sie sich das nicht leisten könnten: Dass man über so etwas diskutieren müsse, finde er schlimm, weil das menschenunwürdig sei, wenn man heute abwägen müsse - und da bleibe nichts anderes übrig, wenn man fokussiere -, ob man beispielsweise einen Kulturverein fördere oder für jemanden einen Heimplatz schaffe, der auf die Hilfe angewiesen sei. GR Sailer habe sich, was das „Sprachsatz“ angehe, sehr in die Seile gehängt und zu Abendveranstaltungen eingeladen, wo man diskutiert habe, wie man das doch finanzieren könne. Er habe das dann auch geschafft und trotzdem seien die nach Kufstein abgewandert. Da müsse er sich schon fragen, was da falsch gelaufen sei. Man habe da jemanden, der das Unmögliche möglich gemacht habe, und trotzdem lasse man nun die Stadt Hall im Stich. Ganz ehrlich, man müsse an das Thema etwas sachlicher herangehen und auch bei der Gegenseite die Sachlichkeit einfordern, dass man anhand von Argumenten mit Hand und Fuß die Sache darlege und nicht in Form von Emotionen die Stadt hinstelle, als ob man die bösen Kulturmörder sei.

GR Hinterholzer entgegnet, mit fokussieren habe er eben gemeint, dass man wieder die Projekte angehe, wie Schulen, Kinderbetreuung, Straßenbau und sozialen Wohnbau. Auch diese Dinge, und nicht nur Fokus auf die Kultur. Das seien die wirklich wichtigen Dinge, eben auch die Kinder, weil das eben von allen gefordert gewesen sei vor den Wahlen.

Bgm. Margreiter ist durchaus auch dieser Meinung, aber das mache man ja auch. Man habe jetzt schon – er wisse nicht wie viele - Sitzungen zur Sanierung der Schule Schönegg gehabt. Man könne nicht alles auf einmal machen. Es sei ja nicht so, dass man nichts tue. Man wolle jetzt im Herbst tatsächlich mit der Sanierung des Kinderzentrums in Schönegg beginnen. Das klinge so einfach, sei aber ein irrer Aufwand; da gebe es sehr viele Überlegungen und sehr viele Gespräche, wo man dann die Schulen unterbringe. Dass man alle Interessen, alle Meinungen unter einen Hut

bekomme. Etwa wohin man die Polytechnische Schule gebe, wo man derzeit die Lösung habe, dass man diese nach Wattens geben könne. Das gehe ja nicht von selber. Da gebe es viele Gespräche mit Lehrern, mit Vertretern der anderen Gemeinden, und man müsse sich nach den finanziellen Möglichkeiten orientieren, welche man habe. Das mache man ja nicht so nebenher. Deshalb könne man das nur „step by step“ machen. Man sei in einer Situation, dass sehr viel an Infrastruktur komplett sanierungsbedürftig sei. Das gehe weiter mit der Schule am Unteren Stadtplatz. Er würde das alles gerne gleichzeitig machen, und am liebsten würde er auch noch die Kulturvereine fördern und ihnen doppelt so viel geben, dass noch mehr los sei. Woher solle man das aber nehmen? Das wäre natürlich sehr angenehm, weil man sich dann als Bürgermeister im Lichte der Medien sonnen könnte, neben berühmten Künstlern, die dann in Hall wären. Das würde ihm gut gefallen, gehe aber nicht. Man habe Verantwortung, und diese müsse man annehmen. Da könne man nicht gleich weiche Knie bekommen, weil Leute, die vielleicht nicht den Überblick und den Einblick wie sie hätten, eine sehr singuläre Betrachtung von gewissen Interessensbereichen hätten und diese einfordern würden. Dafür habe er Verständnis, das sei aber nicht erfüllbar.

GR Hinterholzer antwortet, dass er das ja wisse, deshalb würde er das ja auch ansprechen. Manche Sachen, die nicht so wichtig wären, könne man schon nach hinten verschieben. Projekte.

Auf die Frage von Bgm. Margreiter, was genau angesprochen werde, entgegnet GR Hinterholzer, er lasse das jetzt. Er dürfe aber schon noch seine Meinung sagen.

Bgm. Margreiter bittet darum; das sei ja kein Thema. Er bitte aber auch darum, zu akzeptieren, wenn man Gegenargumente bringe.

GR Pfohl äußert, sie habe dazu heute eigentlich nichts mehr sagen wollen, irgendwann sei es ja vielleicht ausdiskutiert. Es sei aber notwendig, weil manchmal habe sie das Gefühl, dass nicht immer wertgeschätzt werde, was da gemacht werde. Das finde sie nicht in Ordnung. Man vermische Bereiche, wenn man davon rede, dass jemand keinen Platz in einem Wohn- und Pflegeheim bekomme, und das dann mit der Kultur vergleiche. Niemand aus der Kultur werde diesen Heimplatz garantieren können. Heimplätze und das Bettensperren bekomme man mit einer Personal- und Organisationsentwicklung im Wohn- und Pflegeheim in den Griff, was sie auch schon immer wieder angesprochen hätten, auch in ihren Anträgen. Das sei ein anderes Paar Schuhe. Die Subventionen für Kultur, Soziales und Sport sei der andere Schuh. Dann habe man auch noch das, wo sie bereits einen Antrag eingebracht hätten, nämlich dass man sich die Hilfe und Unterstützung von außen, durch das KDZ, hole, wie das GR Hinterholzer soeben gesagt habe. Das solle einfach angegangen werden. Sie wolle etwas noch einmal klarstellen, was sie schon oft in verschiedenen Gremien erklärt habe: Große Kulturvereine in Hall würden Verein heißen, aber kein Verein sein, wie man es beispielsweise vom Schuhplattlerverein kenne – sie wolle da jetzt niemandem unrecht tun –, oder vom Watterverein. Da treffe man sich einmal die Woche und sei ein Verein. Vereine in Hall wie beispielsweise das Kulturlabor Stromboli oder die Galerie St. Barbara seien eine Unternehmensform; eine Art, ein Unternehmen zu führen. In Österreich sei es möglich, das in Vereinsform zu machen. Das habe gewisse Vorteile, welche sie nicht weiter ausführen wolle. Dadurch sei es beispielsweise möglich, dass diese Einrichtungen ganz schlank geführt würden. Ganz schlank dadurch, weil man durch die Vereinsform ganz viele Kosten sparen könne. Wenn man jetzt hergehe und diese Kürzungen in diesem kurzen Zeitraum vornehme, vor allem auch in dieser Höhe, gefährde man nicht nur das kulturelle, soziale und sportliche Leben in Hall. Sondern man gefährde dadurch auch, dass Menschen ihre Arbeitsplätze verlieren würden, weil sie sich das nicht mehr leisten würden. In diesen Einrichtungen seien Menschen angestellt. Man sei dann auch daran beteiligt, dass das Programm nicht mehr so stattfinden könne, weil diese Einrichtungen

das Programm nicht heute und nächstes Monat planen würden, sondern zum Teil bis zu drei Jahre im Vorhinein planen würden. Sie sehe auch das als Teil einer Stadtentwicklung - und damit auch Teil der Verantwortung -, dass man Einrichtungen in Hall habe, welche die kulturelle, die soziale und die sportliche Stadtentwicklung für die Stadt tragen und durchführen würden. Das mache man nicht als Politiker. Das sei die gesellschaftliche, politische und soziale Verantwortung, dass den Vereinen ermöglicht werde, das anbieten zu können, dass in Hall ein buntes, verschiedenes Stadtleben für alle stattfinden könne. Wenn sie dann höre, dass in Hall vielleicht kein Kinderprogramm mehr stattfinden könne – und das Kinderprogramm im Stromboli sei eines der wenigen Programme, wo sich Eltern noch einen Workshop oder einen Theaterbesuch leisten könnten –, dann würde ihr das total leidtun. Das würden dann halt Eltern ihren Kindern nicht mehr ermöglichen können. Zu den stadteigenen Veranstaltungen „Hall tafelt“ und „Hall tanzt“ führe sie aus, dass dies durch die Mehrheit im Gemeinderat ermöglicht worden sei. Das Konzept für diese Veranstaltungen liege schon seit Jahren bei den Haller Kulturschaffenden in der Schublade und habe darauf gewartet, umgesetzt zu werden. Das Konzept, die Idee, und wie das dann alles stattfinden könne, komme von langjährigen Haller Kultureinrichtungen. Wenn man als Politik oder als Politiker Kulturveranstaltungen machen wolle, finde das wahrscheinlich ehrenamtlich statt – woher nehme man das Geld? Man habe das ja nicht. Man habe gehört, das komme dann durch Sponsoring. Da tue sie dann auch das Benefiz dazu. Was bedeute das und was sei das für eine Botschaft, wenn sich Künstlerkollegen auf eine Bühne stellen müssten, um das, was eine Stadt nicht schaffe oder nicht schaffen wolle, finanziell zu unterstützen? Das sei eine ganz falsche Botschaft. Die Verantwortung liege bei den politisch Verantwortlichen einer Gemeinde. Würden die das machen und finanzieren, indem Politiker Sponsoring auftreiben würden - oder wie das auch immer finanziert werde -, dann habe das für sie einen faden Beigeschmack: „Ich sponsore das, ich ermögliche das, weil dann kann ich es mir so richten, wie ich es gerne hätte.“

GR Staudinger äußert, es fehle ihm hier der Realismus. „Das große Ganze zu sehen“. Er verstehe jeden Vereinsmeier, er verstehe das Stromboli, und dass das aus deren Sicht ein massiver Einschnitt sei. Es sei auch für seinen Verein ein massiver Einschnitt gewesen. Wenn er höre, dass das Stromboli ein Unternehmen sei – und man habe einige Unternehmer in diesem Raum –, müsse man sich auch überlegen, ein Unternehmen so zu führen, dass man langfristig plane und langfristig auf beiden Beinen stehe. Das sei jetzt wiederum sehr subjektiv. Alle müssten aber das große Ganze im Blick haben. Ihm gehe ab, dass man aktuell ganz viele Probleme sehe, aber zu wenig in Lösungen denke. Wo nehme man es denn her? Man höre, dass geredet worden sei. Dass man sich das mit dieser Gesellschaft (Anmerkung: Gemeint ist das KDZ) anschau. Was koste es, dass die da draufschauen würden? Das habe man im Ausschuss ja gehabt. Wenn man das wisse, könne man eine Entscheidung treffen. Und dann sehe man auch, ob etwas gespart werde. Ihm fehle der Zugang: Es solle nichts teurer werden, man solle alles ausgeben. Solle man Geld drucken?

GR Sailer wollte sich – wie GR Pfohl – ursprünglich heute nicht zu Wort melden. Man könne sich den Mund fusselig reden, man könne mit allen Vereinen diskutieren. Niemand verstehe, dass man kein Geld ausgeben könne, wenn man kein Geld habe. Das sei leider nicht vermittelbar, wie er in den letzten Wochen feststellen habe müssen. Er habe da doch sehr viele Gespräche geführt, zumal er für viele Vereine insoweit ein Bösewicht sei, weil er offensichtlich für diese Budgetkürzungen verantwortlich sei. Es sei nicht argumentierbar, dass das Geld derzeit nicht da sei und man es deshalb nicht ausgeben könne. Sämtlichen Vorwürfen, die dann kommen würden – man würde alles kaputt machen –, könne er nur entgegnen, dass man das ja nicht wolle. Wenn dem überhaupt so sei. Er würde es auch als am falschen Platz gespart erachten, wenn man ausgerechnet im Stromboli das Kinderprogramm kürzen würde und nicht etwas anderes.

Das klinge halt anders besser. Wenn man es nicht schaffe, das den Vereinen zu erklären – was solle man dann machen? Das Geld sei nicht da, jeder hätte es gerne, jeder würde es gerne den Vereinen geben. Niemand baue heimlich mit irgendwelchen verborgenen Budgetmitteln ein Schloss für den Gemeinderat. Es habe übrigens auch niemand bestritten, dass bei beiden Festen die grundsätzliche Idee von den Vereinen gekommen sei. Nachdem es viele Jahre nicht möglich gewesen sei, hätten sie es dann eben umgesetzt.

*Vbgm. Schmid erwähnt, man habe es schon mehrfach, auch in der letzten Sitzung, gehört, dieses „Es geht mir auf die Nerven“. Das verstehe sie. Ihr gehe das tatsächlich auch auf die Nerven. Sie verstehe, das Geld sei jetzt so nicht da. Das würden alle verstehen. Deshalb hätten sie erste Möglichkeiten aufgezeigt. Weil GR Staudinger von den Kosten des KDZ gesprochen habe: Das Einsparungspotenzial, so sage man, liege ungefähr bei fünf bis zehn Prozent des Budgets der jeweiligen Stadt. Wenn es zehn Prozent seien, werde es schon so, dass man es wirklich spüre. Gehe man also von fünf bis sechs Prozent aus, seien das angesichts der Budgetsituation der Stadt Hall ziemlich genau EUR 3 Millionen, also ziemlich genau das, was bei der Budgeterstellung „über das ganze drüber“ gefehlt habe. Ein genaues Angebot habe sie nicht, weil das die Stadtgemeinde bzw. der Herr Bürgermeister abfragen müsse. Sie habe sich aber informiert, was die Überprüfung der Finanzgebarung, dieses Untersuchen der eventuellen Sparpotenziale und die Begleitung hin zu einem Maßnahmenpaket, wie dieser städtische Haushalt tatsächlich repariert werden könne, koste. Da liege man bei aufgerundet EUR 40.000,-. Das wäre bei beispielsweise sechs Prozent Einsparung, also EUR 3 Millionen, die Kosten locker wert. Nochmals zum Thema „auf die Nerven gehen“: Was ihr auf die Nerven gehe - das gebe sie zu - sei, dass man hier nur über die Kultur rede. Man habe das ja schon gehört, die Kultur wisse, wie man kämpfe, die müssten sich immer wehren. Das seien oft Kulturschaffende, Kulturtreibende in prekären Dienstverhältnissen, ganz oft Frauen. Da lerne man, wie man kämpfe. Man dürfe aber auch nicht - und das seien die Dinge, die sie bei dem ganzen „Darübergekürzte“ tatsächlich sehr aufregen würden, - Themen wie die Sozialvereine vergessen. Da gehe es um Senior*innen. Man habe einige Einrichtungen in Hall, welche Kaffeenachmittage anbieten würden; die Seniorenstube, den PVÖ, etc.. Die seien auch gekürzt. Da könnten die Seniorinnen und Senioren das ganze Jahr über zweimal in der Woche hingehen, die bekämen einen Kaffee, ein Stück Kuchen, hätten ihre Unterhaltung und ihr Programm, ihre Freundinnen und Freunde. Das sei auch gekürzt. Aufregen würden sie auch die Pfadfinder: Die würden das ganze Jahr die Kinder und Jugendlichen bespielen, die hätten einen Andrang und könnten wahrscheinlich doppelt so viele Kinder und Jugendliche aufnehmen, würden es aber nicht schaffen, weil sie auch nicht so viele Gruppenleiter*innen hätten. Auch die seien gekürzt. Gekürzt sei der katholische Familienverband. Die würden Flohmärkte, Kasperltheater, Selbstverteidigungskurse und sie wisse nicht, welches Angebot noch, für die Haller Familien machen. Das rege sie richtig auf. Sie wisse, man habe das diskutiert und das sei beschlossene Sache. Sie wüsste natürlich, wie Demokratie funktioniere. Die Mehrheit habe das so entschieden. Deshalb sei man eben dabei, eine Möglichkeit nach der anderen auszugraben, um irgendwo Geld aufzustellen. Sie wolle den Bürgermeister nicht falsch zitieren, habe es aber so verstanden, dass dieser gesagt habe, es dürfe ja kein Problem sein, wenn die Stadt Hall selbst etwas veranstalte. Das sehe sie auch nicht als Problem. Ein Stadtfest sei ein Stadtfest, ein Ostermarkt sei ein Ostermarkt, das passe alles. Ein Problem sehe sie tatsächlich - und da habe sie viel darüber nachgedacht -, dass man es als Beleidigung den Initiativen gegenüber sehen könnte, wenn es heiße, eine Organisation, ein Verein, eine Institution wandere ab, und in derselben Medienberichterstattung lese man dann, dass man das eh selber mache. Das rufe bei ihr Unverständnis hervor. Bei allem Respekt dem gegenüber, dass man wisse, dass das Geld jetzt nicht da sei, und man Ideen habe,*

das Geld aufzutreiben. Aber zu sagen, dass man das dann selber mache, Sorge für Verwunderung und Verwirrung in der Stadt.

Bgm. Margreiter entgegnet, zum Glück habe man in Hall sehr viele Menschen, die bereit seien, ehrenamtlich zu arbeiten, und das nicht immer davon abhängig machen würden, ob sie etwas bekommen würden oder nicht. Er gebe zu, dass der Eindruck der Wertschätzung oft besser vermittelt werde, wenn man Geld gebe. Sonst schaue es so aus, als sei keine Wertschätzung da, was aber überhaupt nicht stimme. Er schätze natürliche sehr – und deshalb sei er auch zur Eröffnung des Osterfestivals gegangen –, was da gemacht werde. Er habe das auch letztes Jahr bei der Eröffnung von Sprachsalz besonders betont. Er wolle noch etwas Interessantes berichten. In Hall gebe es den „Interkulturellen Frauentreff“, welcher mit dem Kurt-Schubert-Gedächtnispreis ausgezeichnet worden sei, einem österreichischen Preis. Der „Interkulturelle Frauentreff“ leiste aus seiner Sicht ebenso eine erhebliche Kulturarbeit. Auf eine ganz andere Art und Weise. Das sei aber möglich, ohne zu sagen, dass man dafür von der Stadt dies und jenes haben müsse. Und es gebe gottlob noch sehr viele andere, die bereit seien, ehrenamtlich zu arbeiten. Etwa das Kolpingtheater beim Kolpingverein - wenn man schon von Kindertheater rede. Die hätten 2.000 Besucher im Jahr. Da gebe es Kindertheater zu sehr günstigen Tarifen. Das seien halt ehrenamtlich Tätige, und das sei vielleicht nicht das Niveau wie das Landestheater. Das erfülle aber kulturelle Bedürfnisse, das dürfe man nicht unter den Tisch kehren. Das so darzustellen, es sterbe in Hall die Kultur es werde finster in Hall, wenn da nicht Geld in diesen nicht gerade kleinen Größenordnungen fließe – das stimme einfach nicht. Das sei seiner Meinung nach eine Verachtung jener Persönlichkeiten, die unter Umständen Jahrzehnte völlig ehrenamtlich, ohne Subventionen, für diese Stadt arbeiten würden. Die mit Jugendlichen arbeiten würden, entsprechende Initiativen schaffen würden wie beispielsweise den „Interkulturellen Frauentreff“. Das werde alles unter den Tisch gekehrt. Weil man jetzt aufgrund einer bestimmten und sehr speziellen finanziellen Situation leider den Hahn zudrehen müsse. Aber nicht ganz! – es würden ja trotzdem noch erhebliche Beträge gezahlt. Natürlich wäre es besser, wenn man mehr zahle. Aber daraus Ableitungen zu treffen wie heute an diesem Ort, könne er nicht nachvollziehen. Das sei für ihn auch unverständlich. Ihm sei klar, dass der mediale Druck hoch sei und es nicht einfach sei, dem standzuhalten. Er wisse auch, dass damit ganz bewusst gearbeitet werde, um entsprechende Entscheidungen von jenen herbeizuführen, die diesem Druck unter Umständen erliegen würden. Dafür habe er Verständnis; jeder probiere, sein Fell so teuer wie möglich auf den Markt zu tragen. Trotzdem habe man die Verantwortung, den Überblick zu bewahren über alle Bedürfnisse, welche es in einer Gemeinde zu erfüllen gelte, und sich nicht stundenlang mit dem gegenständlichen Problem zu befassen. Es sei nun einmal so entschieden worden. Vielleicht könne man nächstes Jahr mehr machen und gebe es dann die Möglichkeit einer höheren Beweglichkeit in diesem Bereich. Versprechen könne man das aber nicht. Die eingeforderte Sicherheit könne die Gemeinde nicht bieten. Jeder, der diese sicher verspreche, verspreche etwas, was er nicht halten könne.

11.4.

Ersatz-GR Hanel bringt für die Fraktion FPÖ Hall den **Antrag** betreffend die **Kostenübernahme für Anfängerschwimmkurse im Haller Schwimmbad durch die Stadt Hall in Tirol** ein:

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die Kosten für Anfängerschwimmkurse im Haller Schwimmbad sollen für Kinder mit Hauptwohnsitz in Hall von der Stadtgemeinde übernommen werden.

Begründung:

Die Tiroler Tageszeitung schreibt in ihrer Onlineausgabe vom 21.05.2023 im Artikel „**Jeder dritte Jugendliche ist Nichtschwimmer**“ folgendes:

Die größte Gefahr im und am Wasser stellt – vor allem für Kinder – nach wie vor das Ertrinken dar. Laut Statistik Austria ertranken in Österreich im Zeitraum 2016 bis 2020, 16 Kinder im Alter von 0 bis 14 Jahren, alleine im Jahr 2021 waren es fünf. Laut Kuratorium für Verkehrssicherheit hat sich die Zahl der Nichtschwimmer zwischen fünf und 19 Jahren in den Jahren 2019 bis 2021 mit 32 Prozent mehr als verdoppelt.

Die im Artikel angeführten Zahlen werden aufgrund der Tatsache, dass das Haller Schwimmbad in den letzten Jahren aufgrund der dringend notwendigen Sanierung seine Pforten geschlossen halten musste, wohl noch dramatischer ausfallen.

Mit dieser Maßnahme kann die Haller Stadtpolitik ihren Beitrag dazu leisten, diesem traurigen Missstand entgegenzuwirken und dabei gleichzeitig in Zeiten der Teuerungswelle jenen Eltern unter die Arme greifen, welche einen entsprechenden Schwimmkurs für ihre Kinder nicht finanzieren können.

11.5.

*Ersatz-GR Hanel bringt für die Fraktion FPÖ Hall folgenden **Antrag** betreffend die **Schaffung von Besucherparkplätzen für die Wohn- und Pflegeheime der Stadt Hall in Tirol** ein:*

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Am Parkplatz zwischen der Milser Straße und der Zollstraße soll die Verordnung für 4 gebührenpflichtige Kurzparkzonenparkplätze aufgehoben und eine dementsprechende Anzahl an Besucherparkplätzen für die Haller Wohn- und Pflegeheime geschaffen werden.

Begründung:

Aufgrund der VO über die Kurzparkzone am betreffenden Parkplatz (siehe Bild) ist es Angehörigen nur möglich, ihre Lieben für eine Dauer von lediglich 90 Minuten zu besuchen.

Aufgrund der hohen Frequenz am besagten Parkplatz ist es nach Ablauf dieser Frist oftmals ein Ding der Unmöglichkeit seinen PKW umzuparken, bzw. in der näheren Umgebung einen entsprechend freien Parkplatz zu finden.

Mit der Maßnahme soll sichergestellt werden, dass Angehörige die Bewohner der städtischen Wohn- und Pflegeheime länger als einen Zeitraum von 90 Minuten besuchen dürfen und können.

Die Heimleitung möge ersucht werden Besucherparkkarten für die neuen Parkplätze zu erstellen und diese den jeweiligen Besuchern nach vorheriger Anmeldung in weiterer Folge aushändigen.

11.6.

*StR Schramm-Skoficz bringt seitens der Gemeinderatsfraktion Die Grünen folgende **Umbesetzung im Jugendausschuss** vor:*

Im Namen der Fraktion „Grüne Hall und Unabhängige“ benennen wir unseren Entsandten für den Ausschuss Jugend um. Aktuell besetzt Ersatzgemeinderat Wolfgang Klinger diesen Posten. Fortan soll dieses Amt Florian Katzengruber übernehmen. Ersatzgemeinderätin Jaqueline Bilic bleibt Ersatzmitglied des betroffenen Ausschusses.

11.7.

Bgm. Margreiter bringt seitens der Gemeinderatsfraktion Christian Margreiter - Für Hall folgende Umbesetzung vor:

Umwelt- und Nachhaltigkeitsausschuss:

StRin Theresa Schatz als ordentliches Mitglied anstelle Ersatz-GR Clemens Schmid

Jugendausschuss:

GRin Monika Bucher-Innerebner als Ersatzmitglied anstelle Ersatz-GR Clemens Schmid

Infrastrukturausschuss:

GRin Monika Bucher-Innerebner als Ersatzmitglied anstelle Ersatz-GR Ing. Wolfgang Tscherner

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen, schließt Bürgermeister Dr. Margreiter die Sitzung um 19:36 Uhr.

Der Schriftführer:

Der Bürgermeister:

StADir. Dr. Bernhard Knapp eh.

Dr. Christian Margreiter eh.

Die Protokollunterfertiger:

StR Tilg eh.

GR Pfohl eh.